

Forum für Patientenrechte - Selbsthilfegruppe Tel/Fax 040/473634
Reinhild Bergan Eisenlohrsweg 4 20249 Hamburg 05. Dezember 2012

Fax an 030/2000-1999

Bundespräsidialamt

Herrn

Joachim Gauck zu eigenen Händen

Bundespräsident

Schloß Bellevue

Am Spreeweg 1

10557 Berlin

Anlass: Gegenzeichnung des vom Bundestag beschlossenen
§ 630 a - h BGB - Drucksache 17/10488

Anliegen: Bitte um Verweigerung der Ausfertigung dieses
Gesetzesparagrafen wegen Verfassungswidrigkeit
begründet durch meine Stellungnahme vom 26.11.2012
zugeschickt als Einschreiben vom 28.11.2012

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

in den nächsten Tagen wird Ihnen der am 29.11.2012 vom
Bundestag beschlossene § 630 a - h BGB zur Gegenzeichnung
vorgelegt werden, denn es ist geplant, dass er am 01.01.2013
in Kraft treten soll.

Mir liegt der am 29.11.2012 beschlossene Gesetzestext noch
nicht vor, mir wurde aber schon mitgeteilt, dass er sich
im Wesentlichen nicht von dem ursprünglichen Entwurf unter-
scheidet. Meine Stellungnahme vom 26.11.2012 ist weiterhin
aktuell und ich werde in den nächsten Tagen nach der Lek-
türe des beschlossenen Textes meine Stellungnahme noch kon-
kreter begründen können.

Wenn wie geplant dieser Gesetzesparagraph in Kraft treten
sollte, dann wird der 01. Januar 2013 ein schwarzer Tag für
die Mehrheit der Bevölkerung sein. Es ist kein Patienten-
rechte-Paragraph, sondern ein Ärzteschutz-Paragraph, der die
herrschende Rechtsprechung, die die Menschenrechte übergeht,
zum Gesetz erhebt. Der Gesetzestext ist nicht hinreichend
bestimmt. So viele Organisationen haben ihre Einwände vor-
gelegt. In einer freiheitlichen Demokratie muss ein Gesetz
von der Bevölkerung hin zu den Staatsorganen sich entwickeln
und nicht umgekehrt von den Staatsorganen geplant und verab-
schiedet werden. In der Zahnmedizin haben wir bereits den
31.03.1952. Nur wenige wissen, warum es ein schwarzer Tag war.

Mit freundlichen Grüßen

